

Antje Wiener

Editorial: Fragmentierte Staatsbürgerschaft*

Die Entwicklung von Staatsbürgerschaft in ihrer heutigen Verwendung ist eng mit der Entstehung von Nationalstaaten verbunden, die Individuen konstitutionell in ein Gemeinwesen einbanden. Obwohl dieser Entwicklungsprozeß kontextabhängig verschieden verlief, läßt sich verallgemeinernd festhalten, daß er 'von oben' durch Staatspolitik und 'von unten' durch die Mobilisierung sozialer Kräfte vorangetrieben wurde und in der Institutionalisierung staatsbürgerlicher Rechte, Pflichten und Partizipationsstrukturen mündete (Tilly 1975, Turner 1990). Dieser Prozeß hat einerseits zu der Entstehung des Nationalstaates als einem der zentralen politischen Mythen der Moderne beigetragen (Anderson 1983), andererseits umfaßt er die Herausbildung von Institutionen, die Teil der politischen Organisation von Gesellschaften sind. Als Ansatzpunkt für eine kritische Position in der Staatsbürgerschaftsdebatte ist vor allem die politische Bedeutung dieser Verknüpfung von Mythos und Institutionenbildung wichtig.

So wurde beispielsweise durch die diskursive Abbildung von Nation und Staat auf dasselbe Terrain nationale Identität zum zentralen Bestandteil des modernen Staatsbürgerschaftsdiskurses. Dieser Diskurs ist politisch in zweierlei Weise funktional: er wirkt innenpolitisch integrierend und außenpolitisch konsolidierend. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit und der damit verknüpfte Anspruch auf politische Partizipation und Repräsentation tragen zum integrativen Aspekt bei, während die Basis nationaler Einheit die Repräsentation von Nationalstaaten im internationalen Staatensystem festigt. Die forcierte Abbildung von Nation und Staat auf dasselbe Terrain trug zur Konsolidierung der Idee eines Hobbes'schen internationalen Staatensystems bei, das durch die Politik zwischen Staaten innerhalb einer internationalen Staatengemeinschaft strukturiert wird.

Generell drückt Staatsbürgerschaft Zugehörigkeit aus (Grawert 1973, Kaplan 1992). Zugehörigkeit meint einerseits einen legalen verfassungsmäßig verankerten Status und andererseits eine emotionale Bindung (Heater 1990, Everson/Preuss 1995). Legale Zugehörigkeit ist über die Staatsangehörigkeit -

* Anm. der PROKLA-Redaktion: Der Schwerpunkt dieses Heftes wurde maßgeblich von Antje Wiener konzipiert und organisiert. Wir danken ihr ganz herzlich für ihr Engagement und die in dieses Heft investierte Arbeit.

häufig als 'Nationalität' bezeichnet - definiert und schließt Rechte und Pflichten von StaatsbürgerInnen gegenüber dem Staat bzw. dem Gemeinwesen ein. Emotionale Zugehörigkeit ist dagegen abhängig von Identität, die ebenfalls oft und mißverständlich als Nationalität verstanden wird. Dieses Modell von Staatsbürgerschaft basiert auf dem Prinzip von Inklusion und Exklusion: Staatsangehörige haben das Recht auf Zugang zu Partizipation, Nicht-Angehörige werden von diesem Recht ausgeschlossen.

Trotz einer Vielzahl von Ansätzen zu dem sehr kontrovers diskutierten Konzept von Staatsbürgerschaft, ist es möglich, eine minimale Definition anzugeben, die für eine Analyse des institutionsbildenden Aspekts von Staatsbürgerschaft zentral ist. So definiert Staatsbürgerschaft die Beziehung zwischen BürgerIn und politischer Gemeinschaft. Im Prinzip ist diese Beziehung zwischen Individuum und souveräner Einheit durch die Geschichte hinweg vom griechischen Stadtstaat über den Nationalstaat bis zum europäischen Protostaat einem grundlegenden Muster gefolgt und jede Arbeit über Staatsbürgerschaft muß sich in der einen oder anderen Form mit drei konstitutiven Elementen von Staatsbürgerschaft befassen. Zu diesen zählen (1) der *Staat*, (2) das *Individuum* und (3) die *Staatsbürgerschaftspraxis*, die durch die Staatsbürgerschaftspolitik des jeweiligen Staates einerseits und die Politik der BürgerInnen, Interessengruppen, Parteien, sozialen Bewegungen andererseits praktiziert wird.

Die Kritik an Staatsbürgerschaft als Konzept und als Politikfeld hat sich bisher vornehmlich an zwei Grundfragen orientiert: dem Recht auf gleiche Staatsbürgerschaft und die Schaffung von Zugang zur Ausübung der mit der Staatsbürgerschaft verbundenen Rechte. Kritische Arbeiten haben daher vor allem die Frage der Inklusion von Frauen auf der Basis von gleichen politischen Rechten mit Männern¹ und des verbesserten Zugangs basierend auf sozialstaatlicher Gesetzgebung² untersucht. Eine drittes Problem ergibt sich aus der Frage der Zugehörigkeit. Feministische und anti-rassistische Arbeiten sowie die Entstehung post-nationaler Perspektiven machen deutlich, daß Staatsangehörigkeit einen großen Teil derjenigen ausschließt, die sich als BürgerInnen eines Staates empfinden.³

Aufgrund dieser prozeßhaften und kontextabhängig verschiedenen Entwicklung und Konzeption von Staatsbürgerschaft ist es, so haben diese und

1 Susan Okin stellte zum Beispiel die Frage »can citizenship and political life be modified - while retaining the essentials of the participatory ideal - so as to be inclusive rather than exclusionary?« und antwortete selbst »I, in the company of a great many other feminist political theorists, answer »yes« to this question« (Okin 1992: 59).

2 Für geschlechtsspezifische Ansätze zu sozialen Rechten und Staatsbürgerschaft, siehe u.a. Balbo (1992), Fraser/Gordon (1992), Jenson (1993), Meehan/Sevenhuisen (1991), Nelson (1990), Siim (1993).

3 Siehe z. B. Bakan/Stasiulis (1994), Lwanga (1994) und Yval-Davis (1991).

andere Arbeiten⁴ gezeigt, notwendig, neben der Gruppe der konstitutiven Elemente auch die historischen Dimensionen von Staatsbürgerschaft zu berücksichtigen. Diese drei historischen Dimensionen sind (1) *Rechte*, die die Beziehung zwischen Individuum und Staat betreffen, (2) *Zugang*, der den prozeßhaften, dynamischen Aspekt von Staatsbürgerschaft regelt, d.h. die Frage, wie die Beziehung zwischen Individuum und Staat praktiziert wird, und (3) *Zugehörigkeit*. Dieser letzte Aspekt bezieht sich auf gemeinsame soziokulturelle Erfahrungen und betont so die Bedeutung von Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, sie ist also verschieden von dem Begriff der Staatsangehörigkeit. Die Essenz von Staatsbürgerschaftspolitik basiert dann auf den drei Momenten Rechte, Zugang und Zugehörigkeit. Dabei umfassen Rechte die eher statischen, Zugang und Zugehörigkeit die dynamischen Aspekte von Staatsbürgerschaft (Wiener 1995).

Staatsbürgerschaftspolitik wird einerseits kontextabhängig von AkteurInnen unterschiedlich praktiziert. Sie steht jedoch andererseits in einem globalen Zusammenhang, denn mit der zunehmenden Interdependenz von Nationalstaaten haben sich supranational geteilte Wertvorstellungen wie z.B. allgemeine und freie Wahlen, Demokratie, gleicher Lohn für gleiche Arbeit u.a. herausgeschält. Sie wurden zum Teil in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 formuliert und gelten seither im Zusammenhang mit den Verfassungen der Unterzeichnerstaaten.⁵

Während also supranational akzeptierte Werte wie das Recht auf Freiheit und Gleichheit den universellen Anspruch von Staatsbürgerschaft konzeptionell reflektieren, schaffen gleichzeitig Konstruktionen national vermittelter Identitäten kontinuierlich Ungleichheiten. Staatsbürgerschaftspolitik ist daher, zumindest seit in der Moderne Staat und Nation weitgehend territorial angeglichen wurden, immer Ausdruck einer immanenten Spannung zwischen universalem (supranational geteiltem) Postulat und partikularer (national verschiedener) Praxis. Die Konflikte entstanden vor allem daraus, daß sich innerhalb des Territoriums von Nationalstaaten räumliche Zugehörigkeit ganz unterschiedlich und als Spiegel multipler Identitäten der BürgerInnen entwickelte.⁶ Diese Spannung hat seit Jahr-

4 Als weitere Arbeiten, die die Prozeßhaftigkeit von Staatsbürgerschaftspolitik als Strategie und Politikfeld betonen und an T.H. Marshalls bahnbrechendem Essay über »Staatsbürgerschaft und soziale Klassen« (1950) oder an Habermas »Theorie des Kommunikativen Handelns« (1986) anknüpfen, siehe u.a. Garcia (1992; 1993); Giddens (1990); Held (1989, 1991); Meehan (1993); Turner (1986, 1990, 1993).

5 Diese allgemeine Erklärung stellt vor allem für eine nicht-staatsgebundene Debatte um Staatsbürgerschaft eine wichtige rechtliche und normative Grundlage dar (Aron 1974, Bös 1994).

6 Zu der Entwicklung des Konzepts von multipler Identität als konzeptionelle Antwort auf die Ratlosigkeit der orthodoxen MarxistInnen in den 80er Jahren, siehe Laclau/Mouffe (1986); für die Konzeption von multiplen geschlechtsspezifischen Identitäten, die gleichzeitig politisch-strategisch einsetzbar sind, siehe Butler (1990) und Hark (1995).

hundertern zu Konflikten zwischen Interessengruppen der Zivilgesellschaft und staatlichen Organisationen geführt. Ergebnisse dieser Auseinandersetzungen haben sich in veränderten institutionellen Arrangements widergespiegelt, die sich sowohl auf staatliche Institutionen, wie auch auf die Bedeutung von Staatsbürgerschaft selbst beziehen.

Zentrales Strukturmerkmal der modernen Konzeption von Staatsbürgerschaft bleibt bis heute die diskursive Überschneidung von *Identität* und *Nationalität*, obwohl dieser Diskurs und seine praktischen Auswirkungen bereits um die Jahrhundertwende von der Frauenbewegung und mit fortschreitender Industrialisierung auch von der ArbeiterInnenbewegung, die Geschlechter- bzw. Klassendifferenzen als ausschlaggebend für defizitäre staatsbürgerliche Rechte anprangerten, in Frage gestellt wurde (Gerhard 1988, Turner 1990, Wobbe 1989) und insbesondere die Neuen Sozialen Bewegungen der 70er, 80er und 90er Jahre dazu beigetragen haben, das Konzept von staatsbürgerlicher »Gleichheit« zu dekonstruieren, indem sie Differenz und multiple Identitäten thematisierten (Butler 1990, Laclau/Mouffe 1986, Hark 1995). Wenn zutrifft, daß Identität ein wesentlicher Bestandteil von Staatsbürgerschaft ist und daß Staatsbürgerschaft nicht gleich Nationalität ist, dann müßte Partizipation als ein Schlüsselement für die Konzeption von Zugehörigkeit untersucht werden.

* * *

Gegenwärtig wird die Vorstellung einer Wechselbeziehung zwischen einer Gruppe von 'gleichen' StaatsbürgerInnen und zentral organisierten Staaten in der Staatsbürgerschaftsdebatte zunehmend dysfunktional. Im Zuge von Globalisierungsprozessen verliert die nationalstaatliche Fixierung von Staatsbürgerschaft an Ausdrucks- und Einbindungskraft (Held 1991). Neue soziale Bewegungen haben Begriffe von Differenz und multiplen Identitätsschichten in die Debatte gebracht und Diskussionen um »Weltbürgerschaft« (Habermas 1992: 660), »globale Staatsbürgerschaft« (Bakan/Stasiulis 1992: 5), »kosmopolitische Bürgerschaft« (Held 1991, Archibugi/Held 1995) oder europäische Unionsbürgerschaft (Meehan 1993) werfen ein neues Licht auf das Verhältnis von Staatsbürgerschaft und Nationalität, indem sie den globalen oder mehr unmittelbar supranationalen Raum als Bezug für die Bedeutung von Staatsbürgerschaft hervorheben. Andere argumentieren, daß mit der Krise des Fordismus auch das »Staatsbürgerschaftsregime« in die Krise geraten sei (Jenson/Phillips in diesem Heft).

In der Tat verliert das Konzept von Staatsbürgerschaft in seiner traditionellen Funktion an Bedeutung. So zeigt z.B. der doppelte politische Effekt von Staatsbürgerschaft deutliche Krisenerscheinungen. Dies manifestiert sich nicht zuletzt im Diskurswandel von Regierungsdokumenten (z.B. in den USA, Kanada, Deutschland, EU) die sich in den 90er Jahren mit dem

Thema Staatsbürgerschaft befassen. Der Regierungsdiskurs zur Verfassung von Staatsbürgerschaft trifft in den 90er Jahren auf einen Diskurs der Differenz, der das Produkt jahrzehntelanger Mobilisierung gegen die Nicht-Gleichheit ist.

So fordern z.B. IndianerInnen wie in den Fällen von Chiapas (Mexiko) und den »First Nations« in Kanada, die Akzeptanz von Differenz innerhalb des nationalen Diskurses. Sie beziehen sich dabei auf den Begriff der Nation, um die Verschiedenheit von Nationen innerhalb eines sog. Nationalstaates hervorzuheben, in ihrer politischen Auswirkung zu benennen und politische Repräsentation einzufordern. Andererseits hat die politische Fragmentierung in Mittel- und Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion im Zuge der Reorganisierung kleinerer politischer Einheiten Nationalität als entscheidendes Kriterium politischer Organisation hervorgehoben. Im Falle der EU, die die Unionsbürgerschaft bisher von der Staatsangehörigkeit in einem Mitgliedstaat abhängig macht, wird einerseits Staatsbürgerschaft nicht frei von Nationalität gedacht, andererseits legt die Diskursanalyse der Staatsbürgerschaftspolitik nahe, daß die Unionsbürgerschaft ohne das partizipatorische Element nicht durchsetzbar wäre.

Als zentrales Problem bleibt jedoch, nicht nur in der EU, die Frage der politischen Rechte verschiedener BürgerInnen. Während soziale und kulturelle Eingliederung im Fall von Migration in der Regel möglich sind (Brubaker 1989, Boes/Wenzel 1995), bleiben den Zugewanderten politische Rechte (Zugang zu politischer Partizipation via aktiven und passiven Wahlrechts) oft verschlossen. Die gegenwärtige Debatte in der europäischen Union macht dies deutlich (Bündnis '90/Grüne 1993, Europäisches Parlament 1991, ARNE 1995).

Konzeptionelle Vorschläge, die den Aspekt von Differenz aufnehmen, sind die »differenzierte Staatsbürgerschaft« (Young 1989) und die »multikulturelle Staatsbürgerschaft« (Kymlicka 1995). Problematisch bleibt bei diesen Ansätzen jedoch die Definition von Identitäten, die nicht partizipatorisch, sondern askriptiv begründet werden. Dagegen wird im Kontext der EU wie auch in Kanada u.a. das Konzept einer »ortsabhängigen Staatsbürgerschaft« (Europäisches Parlament 1992, Jenson 1991) diskutiert. Das heißt, politische Staatsbürgerrechte werden nicht vom legalen Status (Staatsangehörigkeit/Nationalität) abgeleitet, sondern auf partizipatorischer Grundlage gewährt. Diese partizipatorische Grundlage und ihr Einwirken auf die Hervorhebung verschiedener Identitäten, die sich jeweils sowohl akteursorientiert als auch strukturell bedingt in den politischen Diskurs einbringen, hat sich bisher als äußerst widerspenstig für die Sozialforschung erwiesen. Sie ist jedoch, so argumentiert die Mehrzahl der Beiträge in diesem Heft, unabdingbar für eine neue partizipatorisch begründete Konzeption staatsbürgerlicher Identität.

* * *

In diesen jeweils unterschiedlichen Kontexten ist eine Spannung zwischen Identität und Nationalität festzustellen, die dem Strukturmerkmal von Gleichheit im Sinne von modern geprägter nationaler Identität als eines von zwei zentralen Elementen von Staatsbürgerschaft widerspricht: die Definition von Identität läßt sich kaum noch politisch überzeugend von Nationalität ableiten. Die Attribute von Identität lassen sich nicht definieren, sie werden erst, so zeigen es am eindrucksvollsten Studien über soziale Bewegungen, durch Mobilisierung sichtbar geprägt (Laclau/Mouffe 1985, Hark 1995, Jenson 1993). Angesichts dieser Turbulenzen stellt sich die Frage, ob die Staatsbürgerschaftspraxis nach dem Ende des Kalten Krieges womöglich zu der Herausbildung neuer Staatsbürgerschaftsregime führt und welches die strukturellen und institutionellen Merkmale solcher Veränderungen wären.

Staatsbürgerschaft wurde in ihrer politischen und konzeptionellen Bedeutung in historischen Momenten der Turbulenz jeweils redefiniert. Der Staatsbürgerschaftsdiskurs nach dem Ende des Kalten Krieges deutet auf Fragmentierung als neuem Strukturmerkmal der Staatsbürgerschaftspraxis hin. Statt zentralstaatlich formulierter Staatsangehörigkeit wird der Blick auf partizipatorisch gebundene Zugehörigkeit (Identität) gelenkt. Wenn trotz und vermutlich gerade aufgrund der gegenwärtigen, bedeutsamen politischen Veränderungen, Staatsbürgerschaft als Konzept und als Politikfeld nach wie vor von zentraler Bedeutung für politische Entscheidungsprozesse ist, dann stellen sich zwei Fragen: Erstens, wie durch die gegenwärtigen Grenzverschiebungen die territorial vermittelte Vorstellung einer homogenen staatsbürgerlichen Identität zugunsten differenzierter, multipler Identitäten aufgebrochen wird, und zweitens, wie sich diese über geographische, kulturelle und sozioökonomische Räume vermittelte Identität in ihrer Bedeutung für ein Gefühl von Zugehörigkeit institutionell und konzeptionell begreifen läßt.

Während sich die *Sprache* (Theorie) von Staatsbürgerschaft traditionell auf den Nationalstaat und dementsprechend auf die legal definierte Nationalität von BürgerInnen bezieht, deutet die gegenwärtige *Praxis* (Diskurs) auf ein neues Verständnis von Staatsbürgerschaft hin, dem fragmentierte statt homogenisierte Identitäten zugrunde liegen. Mit der Feststellung, daß Identität facettenreich und nicht homogen ist, stellt sich nicht nur ein konzeptionelles Problem, auch die politische Funktion von Staatsbürgerschaft wird in Frage gestellt. Welches sind die konzeptionellen und institutionellen Auswirkungen des Wandels im modernen Staatsbürgerschaftsdiskurs? Gibt es Ansätze zu einer Neuformulierung der Beziehung zwischen BürgerIn und Staat? Und schließlich, gibt es erkennbare Strukturmerkmale dieses Veränderungsprozesses?

Um sich diesen möglichen Veränderungen der Staatsbürgerschaftspraxis und entsprechend auch dem Konzept von Staatsbürgerschaft anzunähern, sind Fallstudien wichtig. Es ist daher die Intention dieses Heftes, mit Studien in unterschiedlichen Kontexten, in denen jeweils das traditionelle Bild nationalstaatlich begründeter Staatsbürgerschaft in Frage gestellt wird, Staatsbürgerschaftspraxis in eine politische Perspektive zu setzen. Statt zentralstaatlich formulierter Staatsangehörigkeit (legaler Status) wird so der Blick frei für die an partizipatorische Erfahrung gebundene Zugehörigkeit (Identität). Wenn es zutrifft, daß Momente von Turbulenz zu einer Re-Definition von Strukturmerkmalen beiträgt, dann können Fallstudien zur Staatsbürgerschaftspraxis in unterschiedlichen, turbulenten Kontexten zur Klärung beitragen.

Literatur

- Anderson, Benedict (1983): *Imagined Communities*, London: Verso, 1993.
- Antiracist Network For Equality in Europe (1995): *Modifications to the Maastricht Treaty in Sight of the 1996 Inter-Governmental Conference*. Rome, 14-15 July Unpubl. Ms.
- Aron, Raymond (1974): Is Multinational Citizenship Possible? in: *Social Research*, Winter, S. 638-656.
- Archibugi, Daniele; Held, David (eds.) (1995): *Cosmopolitan Democracy. An Agenda for a New World Order*. Polity.
- Bakan, Abigail; Stasiulis, Daiva (1994): Foreign Domestic Worker Policy in Canada and the Social Boundaries of Modern Citizenship in: *Science and Society* 58, 1, S. 7-33.
- Balbo, Laura (1992): The Strategy of Social Citizenship, in: Z. Ferge/J. E. Kolberg (Hg.), *Social Policy in a Changing Europe*, Frankfurt a. M./Boulder, Col.
- Bös, Mathias (1993): Die Ethnisierung des Rechts? Staatsbürgerschaft in Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und den USA, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 45, 4, S. 619-643.
- Bös, Mathias; Wenzel, Uwe (1995): Immigration and the Structure of Membership in the Modern Welfare State. Paper prepared for the GAAC-SSRC-Wissenschaftskolleg Summer Institute II 1995, Unpubl. Ms.
- Brubaker, William Rogers (ed.) (1989): *Immigration and the Politics of Citizenship in Europe and North America*. Lanham: UP of America.
- Butler, Judith (1990): *Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity*, New York.
- European Parliament (1992): Citizens' Europe: Action Taken by the European Parliament to Create a European Community to Serve Its Citizens. *Citizens' Europe Series*, E 1.
- European Parliament (1991): *PE 153.099/fin. Report of the Committee on Institutional Affairs on Union Citizenship. Rapporteure: Mrs Rosamaria Bindi*.
- Everson, Michelle C.; Preuss, Ulrich K. (1995): *Concepts, Foundations, and Limits of European Citizenship*. Bremen: ZERP-Diskussionspapier # 2.
- Fraser, Nany; Gordon, Linda (1992): Contract Versus Charity: Why Is There No Social Citizenship in the United States?, in: *Socialist Review* 3, S. 45-68.
- Garcia, Soledad (1992): "Europe's Fragmented Identities and the Frontiers of Citizenship", *RIIA, Discussion Papers* 45, London.
- Garcia, Soledad (ed.) (1993): *European Identity and the Search for Legitimacy*. Royal Institute of International Affairs: Pinters Publ.
- Gerhard, Ute (1990): Bürgerliches Recht und Patriarchat, in: U. Gerhard et al. (Hg.) *Differenz und Gleichheit*, Frankfurt a. M., S. 188-204.
- Giddens, Anthony (1990): *The Consequences of Modernity*. Stanford UP.
- Grawert, Rolf (1973): *Staat und Staatsangehörigkeit*. Berlin: Duncker & Humblot.

- Habermas, Jürgen (1992): Staatsbürgerschaft und nationale Identität, in: J. Habermas, *Faktizität und Geltung*, Frankfurt a.M., S. 632-660
- Habermas, Jürgen (1986): *Theorie des Kommunikativen Handelns*, Frankfurt/M.
- Hark, Sabine (1995): *Deviant Subjekte. Bewegung - Diskurs - Politik. Über die Paradoxien lesbischer Identitätspolitik*, Dissertation, Freie Universität Berlin.
- Heater, D. (1990): *Citizenship: The Civic Ideal in World History, Politics and Education*. London/New York: Longman.
- Held, David (1995): Between State and Civil Society: Citizenship, in: Andrews, Geoff (Hg.), *Citizenship*, London: Lawrence & Wishart, S. 19-25.
- Held, David (1989): Citizenship and Autonomy, in: D. Held /J. B. Thompson (Hg.) *Social Theory and Modern Societies*, New York, S. 162-184.
- Jenson, Jane (1993): De-constructing Dualities: Making Rights Claims in Political Institutions, in: Drover, Glenn; Kerans, Patrick (eds.): *New Approaches to Welfare Theory*, Cambridge, S. 127-142.
- Jenson, Jane (1992): Citizenship and Equity. Variations Across Time and Space, in: J. Hiebert, (Hg.), *Political Ethics: A Canadian Perspective*, Vol. 12 of the Research Studies of the Royal Commission on Electoral Reform and Party Financing. Toronto.
- Kaplan, William (1993): Who Belongs? Changing Concepts of Citizenship and Nationality, in: Kaplan, William (ed.), *Belonging: The Meaning and Future of Canadian Citizenship*, Montreal: McGill-Queen's UP, S. 245-264.
- Kymlicka, Will; Norman, Wayne (1994): Return of the Citizen: A Survey of Recent Work on Citizenship Theory, in: *Ethics* (January), S. 352-381.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony & Socialist Strategy*, London.
- Lwanga, Gotlinde Magiriba (1994): Das Konzept von Staatsangehörigkeit und Bürgerinnenrechten im Blick auf Europa, in: E. Biester u. a. (Hg.), *Das unsichtbare Geschlecht der Europa*, Frankfurt a. M., S. 141-158.
- Marshall, T.H. (1950): *Citizenship and Social Class*. Cambridge: Cambridge UP.
- Meehan, Elizabeth (1993): *Citizenship and the European Community*, London et al.: Sage.
- Meehan, Elizabeth; Sevenhuijsen, Selma (Hg.) (1991): *Equality Politics and Gender*, London.
- Nelson, Barbara J. (1990): The Origins of the Two-Channel Welfare State: Workmen's Compensation and Mother's Aid, in: Gordon, L. (Hg.), *Women, the State, and Welfare*, Madison, S. 123-151.
- Okin, Susan M. (1992): Women, Equality, and Citizenship, *Queens Quarterly* 99, 1, S. 56-71.
- Pateman, Carole (1991): Der Geschlechtervertrag, in: W.-D. Narr/K. Vack (Hg.) *Verfassung. Oder: Wie können wir in Zukunft leben?*, Sensbachtal, S. 112-124.
- Pateman, Carole (1989): The Fraternal Social Contract, in: C. Pateman, *The Disorder of Women*, Stanford, S. 33-57.
- Pateman, Carole (1988): *The Sexual Contract*, Stanford.
- Siiim, Birte (1993): Gender, Citizenship and Political Citizenship in the Scandinavian Welfare States, Paper presented to the Annual ECPR Joint Session of Workshops, Leyden University, April 2-7.
- Tilly, Charles (ed.) (1975): *The Formation of National States in Western Europe*. Princeton, NJ: Princeton UP.
- Turner, Bryan S. (ed.) (1993): *Citizenship and Social Theory*. London et al.: SAGE.
- Turner, Bryan S. (1990): Outline of a Theory of Citizenship, in: *Sociology* 24, 2, S. 189-217.
- Turner, Bryan S. (1986): *Citizenship and Capitalism. The Debate Over Reformism*, London.
- Wiener, Antje, (1995), *Building Institutions: The Emerging Practice of European Citizenship*. Carleton University, Department of Political Science, Unpubl. Ph.D. dissertation.
- Wobbe, Theresa (1989): *Gleichheit und Differenz. Politische Strategien von Frauenrechtlerinnen um die Jahrhundertwende*, Frankfurt a. M.
- Young, Iris M. (1990): Polity and Group Difference: A Critique of the Ideal of Universal Citizenship, in: Sunstein, C. (Hg.), *Feminism and Political Theory*, Chicago, S. 117-142.
- Yuval-Davis, Nira (1991): The Citizenship Debate: Women, Ethnic Processes and the State, in: *Feminist Review* 39, S. 58-68.
- Yuval-Davis, Nira (1993): Gender and nation, in: *Ethnic and Racial Studies* 16, 4, S. 621-632.